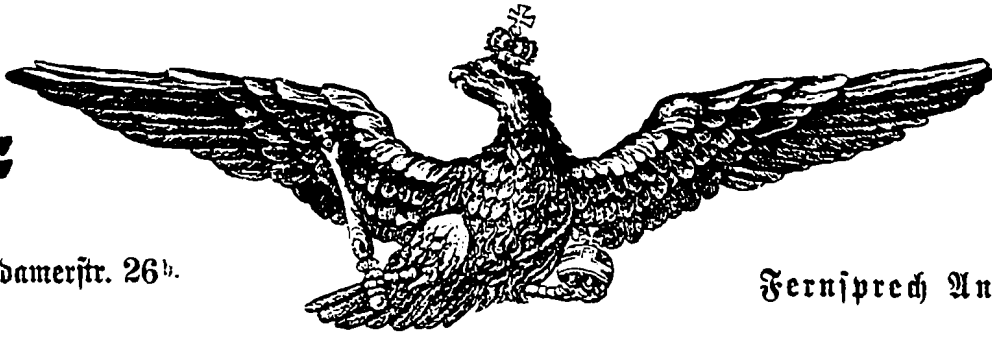


Ersteit
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
 Abonnementspreis pro Quartal:
 durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
 frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
 Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
 Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inferate
 werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26a,
 sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
 Agenturen im Kreise angenommen.
 Preis
 der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Potsdamerstr. 26a.

Fernsprech Anschluss. Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 30.

Berlin Dienstag, den 10. März 1891.

35. Jahrg.

Monats-Abonnements

auf das „Teltower Kreisblatt“
 pro Monat zum Preise von 50 Pf. frei
 ins Haus werden von den Kaiserl. Post-
 Anstalten den Landbriefträgern und
 unseren Expediteuren entgegengenommen.
Die Expedition.

Amtliches.

Berlin, den 20. Februar 1891.

Bekanntmachung,

betreffend die Zusammenlegung der in der Provinz
 Brandenburg zur Durchführung der Invaliditäts-
 und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichte.
 Auf Grund des § 72 des Reichsgesetzes, be-
 treffend die Invaliditäts- und Altersversicherung,
 vom 22. Juni 1889 (R.-G.-Bl. S. 97) wird die
 Zusammenlegung der in der Provinz Brandenburg
 zur Durchführung der Invaliditäts- und Alters-
 versicherung errichteten Schiedsgerichte nachstehend
 bekannt gemacht:

**Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt
 der Provinz Brandenburg.**

A. Regierungsbezirk Potsdam.
 I. bis XIV pp.
 XV Bezirk des Schiedsgerichts: Kreis Teltow:
 Sitz des Schiedsgerichts: Berlin.
 Vorsitzender: Steifensand, Königlich
 Regierungsrath zu Berlin.

Stellvertretender Vorsitzender: Fehst zur Zeit.
 Beisitzer aus der Klasse der Arbeitgeber:
 1. Beuße, Fritz, Rittergutsbesitzer zu Haus
 Zoffen.
 2. Hoff, Christian, Gutsbesitzer, zu Marien-
 dorf.

Hülfsbeisitzer:
 1. Töpfer, Ernst, Gutsbesitzer zu Teltow.
 2. Brandt, Hermann, Kömlich zu Kudow.
 3. Hinz, Johann, Gemeindevorsteher und
 Landwirth zu Wietstod.
 4. Glasche, Heinrich, Bauunternehmer zu
 Wittenwalde.

Beisitzer aus der Klasse der Versicherten.
 1. Eggert, Wilhelm, Meier zu Brunsdorf.
 2. Müller, Friedrich, Meier zu Gallun.
Hülfsbeisitzer:
 1. Köppler, Carl, Arbeiter zu Brunsdorf.
 2. Kuhlandt, August, Arbeiter zu Witten-
 walde.
 3. Rienge, Carl, Arbeiter zu Gallun.
 4. Gohl, August, Arbeiter zu Waltersdorf.
 XVI pp.
 Der Minister für Handel und Gewerbe.
 J. B. Magdeburg.

Veröffentlicht.

Berlin, den 28. Februar 1891.

Der Landrath.

Stubenrauch.

Berlin, den 28. Februar 1891.

An Stelle des Gutsbesitzers Wilhelm
 Sewald ist der Eigentümer August Sarre zu
 Schöneberg, zum Schiedsmann gemäß § 18
 des Gesetzes vom 12. März 1881, betreffend die
 Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr
 und Unterdrückung von Viehseuchen bestellt worden.
Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow.
 Stubenrauch Landrath

Berlin, den 7. März 1891.

Diejenigen Magistrate, Gemeinde- und Guts-
 Vorstände des Kreises, welche mit der Einreichung
 des Erhebungsformulars für die Ermittlung des
 Ertrages im Jahre 1890 noch im Rückstande
 sind, erhalte ich, mir dieses Formular umgehend
 zuzustellen.

Der Landrath.

Stubenrauch.

Nichtamtliches.

Die Krankenversicherung.

Es hat auch Gegner der obligatorischen
 Krankenversicherung gegeben, wie es Gegner des
 Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes giebt.
 Aber jene Gegner sind allmählich durch die
 tatsächlichen Wirkungen, welche die Kranken-
 versicherung ausgeübt hat und ausübt, verstummt,
 und nur theilweise Ausstellungen werden an dem
 Gesetz gemacht, welche — soweit sie als berechtigt
 anzuführen — durch die jetzt dem Reichstage vor-
 liegende, bereits von einer Kommission durch-
 beratene Novelle erledigt werden dürften. Der
 allmähliche Umschwung, der in Beurtheilung

der obligatorischen Krankenversicherung einge-
 treten, wird sicherlich ebenso auch gegenüber
 der Invaliden- und Altersversicherung hervor-
 treten, wenn erst hier sich die Wirkungen all-
 gemeiner sichtbar machen werden.

Was die Krankenversicherung anbetrifft, so
 ist das Hauptgesetz über diesen Gegenstand am
 1. Dezember 1884 in Kraft getreten. Es ist
 später auf verschiedene andere Betriebe, schließ-
 lich auch auf die land- und forstwirtschaftlichen,
 ausgedehnt worden; letztere sind aber erst zum
 Theil in die Krankenversicherung einbezogen
 worden. Gegenwärtig liegt nun eine vorläufige
 Uebersicht der statistischen Ermittlungen über
 die Krankenversicherungsergebnisse während des
 Jahres 1889 vor. In diesem Jahr betrug
 die Durchschnittszahl der Versicherten 6 144 199
 Personen. Im vorhergehenden Jahre waren
 5 398 478 Personen versichert, so daß sich das
 Mehr auf 745 721 beläuft. Die größte Zahl
 war, wie auch im Vorjahre, in Ortskranken-
 kassen versichert, nämlich 2 542 997; es folgen
 die Betriebskassen mit 1 543 717 und die Ge-
 meindeversicherung mit 1 025 896 Versicherten.
 In den Ortskrankenstellen hat sich gegen das
 Vorjahr die Zahl der Versicherten um rund
 322 000, in den Betriebskrankenstellen um rund
 109 000 und in der Gemeindeversicherung um
 255 000 gehoben. In den eingeschriebenen
 Hilfskassen waren 786 272 Arbeiter (gegen
 745 171 im Vorjahre) versichert, in den landes-
 rechtlichen Hilfskassen 144 872 (gegen 142 895),
 in den Innungskassen 63 237 (gegen 55 428)
 und in den Baukassen 37 208 (gegen 28 627).

Für die 6 144 199 Arbeiter sind im Jahre
 1889 2 Millionen Erkrankungsfälle mit
 33.4 Millionen Krankheitsstagen zu konstatiren
 gewesen. Auch hier zeigt sich der entsprechende
 Zuwachs gegen das Vorjahr, welches 1 762 000
 Erkrankungsfälle mit 29 1/2 Millionen Krank-
 heitsstagen aufzuweisen hatte. Die Zahlungen
 für Krankheitskosten beliefen sich auf 71 Millionen
 Mark (gegen 61 1/2 Millionen Mark im Vorjahre);
 die Gesamtausgaben der Kassen incl. Ver-
 waltungskosten und Rücklagen betrugen 95,4
 Millionen Mark (gegen 85 517 100 Mark im
 Vorjahre).

Diese Summen sprechen für sich selbst; sie
 zeigen, was die Gesamtheit aufzubringen ver-
 mag zum Schutze gegen die wirtschaftlich
 nachtheiligen Folgen von Krankheit. Dabei sind
 die Lasten, welche das einzelne Mitglied zu tragen
 hat, verschieden: in den Ortskrankenstellen ent-
 fielen auf 1 Mitglied 10,8 Mark an gezahlten
 Krankheitskosten, bei den Betriebskrankenstellen
 15 Mark, bei den Betriebskrankenstellen 15 Mark,
 bei den Gemeindefrankenstellen 6,9 Mark, bei
 den eingeschriebenen Hilfskassen 12,9 Mark,
 bei den landesrechtlichen Hilfskassen 12,5 Mark,
 bei den Innungskrankenstellen 8,8 Mark, bei
 den Baukrankenstellen 11,6 Mark. Im Durch-
 schnitt entfielen auf den Versicherten an Krank-
 heitskosten 11,6 Mark (im Vorjahr 11 Mark),
 auf den wirklich Erkrankten 35 Mark (im Vor-
 jahr 34,9 Mark) auf den Krankheitstagen
 2,10 Mark (im Vorjahr 2,08 Mark); ferner
 hat im Durchschnitt ein Erkrankungsfall etwa
 16,2 Tage (gegen 16,8 Tage) gedauert.
 Im Ganzen war der dritte Theil der Versicherten
 im Laufe des Jahres einmal krank.

Die ausführlichen Ergebnisse der Erhebungen
 für das Jahr 1880, insonderheit auch bezüglich
 der Beiträge und der finanziellen Lage der
 Kassen, werden erst später veröffentlicht werden.
 Aber aus den vorstehenden Mittheilungen er-
 giebt sich zur Genüge, welcher Segen mit der
 Krankenversicherung verbunden ist: sie faßt die
 Kräfte zusammen, um sie eintreten zu lassen
 für den Fall der Krankheit der Einzelnen, die
 ohne diese Hilfe auf Almosen oder auf eigene
 Kraft angewiesen wären und damit in vielen
 Fällen den Grund zur Vernichtung ihrer wirt-
 schaftlichen Existenz legen würden.

Rundschau.

Deutsches Reich.

— Kaiser Wilhelm konferirte am
 Sonnabend mit dem Reichskanzler von
 Caprivi hörte den Vortrag des Grafen
 Schlieffen des Chefs des Großen General-
 stabes und empfing den Kultusminister
 von Götler und den Chef des Civilcabinetts,
 Geh. Rath von Lucanus. Am Sonntag be-
 suchten beide Majestäten den Gottesdienst und
 unternahmen am Nachmittage eine gemeinsame
 Spazierfahrt.

— Der Kaiser hat dem Reichstagsabge-
 ordneten von Koszielski eine hohe Ehre er-
 wiesen und ihm ein Bild geschenkt, auf welchem
 die Flotte des Großen sturfürsten abgebildet ist.
 Der Kaiser hat eigenhändig unter jedes Schiff
 den Namen desselben geschrieben und die
 Widmung hinzugefügt: „Herrn von Koszielski
 für sein mannhaftes Auftreten für meine Marine
 sein dankbarer Kaiser und König.“ Herr von
 Koszielski gehört der Reichstagsfraktion der
 Polen an.

— Zur Reform der Eisenbahn-
 tarife schreibt der Preussische Staatsanzeiger.

Die Staats-Eisenbahnverwaltung verkennt keines-
 wegs, daß ihr Reformplan in einzelnen Beziehungen
 noch verbesserungsfähig ist und wird, soweit es an-
 gänglich ist, gewiß die Hand zu wirklichen Ver-
 besserungen bieten. Sie hat aber dabei nicht nur
 die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen zu be-
 rücksichtigen, sondern vor allem auch die Herbei-
 führung einer einheitlichen Gestaltung der Personen-
 tarife für ganz Deutschland im Auge zu behalten.
 Denn bei der heutigen Ausdehnung des Reise-
 verkehrs kann nur durch eine einheitliche Reform
 wirksam geholfen werden. Von diesem Gesichtspunkte
 aus will die preussische Staats-Eisenbahn-
 verwaltung durch Aufgabe der IV. Klasse und des
 Freigepekäs die großen und, wie es schien, unüber-
 windlichen Schwierigkeiten zu beseitigen versuchen,
 welche einer einheitlichen Gestaltung der Personen-
 tarife der nord- und süddeutschen Bahnen entgegen-
 standen. Wenn die Lösung dieser großen Auf-
 gabe gelingen sollte, so darf die Staatsbahn-Ver-
 waltung für sich in erster Reihe das Verdienst an
 diesem nützlichsten Werke in Anspruch nehmen.
 Sie darf aber auch erwarten, daß dies von dem
 nicht durch utopistische Agitationen voreinge-
 nommenen Theil der Bevölkerung anerkannt wird,
 und daß nicht kleine Schönheitsfehler, deren Be-
 seitigung nach Herstellung der Einheit im Personen-
 tarife und eine Frage der Zeit sein wird, zum Vor-
 wande genommen werden, um den ganzen Reform-
 plan zu verwerfen.

Oesterreich-Ungarn.

— In Perna Is und Umgebung (einem Wiener
 Vororte) fanden aus Anlaß der Landtagswahlen
 recht bedenkliche Ruhestörungen statt. Die
 Sozialdemokraten stürmten die Agitationslokale
 der Lichtensteinpartei. Polizei und Militär
 mußten einschreiten und die Menschenmassen
 zurückdrängen. Wiederholt mußte von der
 blanken Waffe Gebrauch gemacht werden. Zahl-
 reiche Verhaftungen sind vorgekommen.

Frankreich.

— Die chauvinistischen Zeitungen sind sehr
 entrüstet über die Adresse des Elsaß-
 Lotbringenschen Landesauschusses an den Kaiser,
 in welcher gegen das bekannte Standaltreiben
 der Pariser Patriotensliga protestirt wird. Die
 Leute merken es doch nun endlich, daß der
 Wind auch im deutschen Reichslande nicht mehr
 von französischer Seite her weht.

England.

— In den Kohlengruben von Seaham
 stellten 6000 Bergleute die Arbeit ein,
 weil einige ihrer Kameraden von der Gruben-
 Verwaltung aus ihren Wohnungen ermittelt
 waren. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. März, 1891.

— Fortsetzung der zweiten Verathung des
 Marineetat. Die Bauraten für im Bau begrif-
 fene Kriegsschiffe werden nach den Vorschlägen der
 Budgetkommission unter verschiedenen Kürzungen
 der Regierungsvorlagen bewilligt. Es entsteht
 dabei eine längere Erörterung über die Fahrges-
 chwindigkeit der Kriegsschiffe, die vom Abg. Richter
 (freil.) angeregt ist, der glaubt, die Fahrgeschwin-
 digkeit der neuen Panzerschiffe sei zu gering. Ad-
 miral Hollmann verneint das. Es kommt zur

Verathung der Forderungen für neue Kriegsschiffe,
 die die Budgetkommission abgelehnt hat. Der
 Reichskanzler von Caprivi bittet wenigstens zwei
 zum Schutz des Nordostsee-Kanals bestimmte Kanonen-
 boote zu bewilligen, und versichert auf Befragen
 des Abg. Windthorst daß die Reichsregierung
 keine besonderen Marinepläne habe, sondern lediglich
 auf dem Boden der letzten Flotten-Denkchrift
 stehe. Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend
 vertagt.

Berlin, 7. März 1891.

— Die Verathung der Forderungen für neue
 Kriegsschiffe wird fortgesetzt. Abg. von Kaudell
 (freil.) bittet die Kanonenboote für den Nord-
 ostsee-Kanal wenigstens ja bewilligen. Heute
 hätten wir zu tiefen Frieden, aber Niemand könnte
 doch sagen, wie lange der Friede noch dauern werde.
 Daß im folgenden Kriege Landungsversuche ge-
 macht werden würden, sei doch sicher, und da sei
 eine starke Flotte der beste Schutz. Abg. von
 Bennigsen (natlib.) weist darauf hin, daß die
 Budgetkommission im Marine-Etat schon sehr
 starke Abschnitte gemacht habe, mit deren sich auch
 die Marineverwaltung einverstanden erklärt hätte.
 Den Erfordernissen der Sparpolitik sei also schon
 Rechnung getragen, und um so eher sollten die
 beiden dringend notwendigen Kanonenboote be-
 willigt werden. Staatssekretär Admiral Hollmann
 konstatiert, daß er in der Budgetkommission sich
 streng an den bestehenden Flottenplan gehalten
 habe. Wenn man gelagt habe, er habe neue große
 Forderungen ankündigen wollen, so sei er ganz ge-
 waltig missverstanden. Redner bittet um Annahme
 der beiden wirklich unbedingt notwendigen Schiffe.
 Abg. Richter (freil.) wird für die vom Abg. von
 Manteuffel beantragte nochmalige Kommissionsber-
 athung stimmen, will aber nicht damit sagen, daß
 er auch die Forderungen selbst annehmen wird,
 behält sich vielmehr hierüber die Entscheidung vor.
 Abg. Singer (Soz.) wird in jedem Falle gegen
 die neuen Forderungen stimmen, ebenso der Abg.
 Richter (freil.), welcher den Bau der neuen Schiffe
 nicht als unbedingt erforderlich anerkennen kann.
 Abg. Windthorst (Chr.) will angeichts der Er-
 klärungen des Reichskanzlers die neuen Forderungen
 nicht prinzipiell ablehnen und wird darum für
 nochmalige Kommissionsberatung stimmen. Es
 erfolgt die Abstimmung über den Antrag von
 Manteuffel (kons.) auf nochmalige Verathung der
 Forderungen in der Budgetkommission. 121 Ab-
 geordnete stimmen für, 77 gegen den Antrag. Es
 ist mithin ein Abgeordneter weniger im Hause an-
 wesend, als zur beschlußfähigen Zahl gehören
 (199 Mitglieder). Die Sitzung wird hierauf abge-
 brochen und auf Montag 2 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 6. März.

— Die zweite Verathung der neuen Gewerbe-
 steuervorlage beginnt mit dem § 3 des Entwurfs,
 welcher die Aufzählung der von der Steuer befreiten
 Betriebe enthält. Der Finanzminister giebt hierbei
 die Versicherung ab, daß solche Gegenseitigkeits-
 Gesellschaften, welche nicht auf die Erzielung von
 Gewinn arbeiten, steuerfrei sein sollen. § 4 enthält
 die steuerfreien Gewerbe. Hier wird beschlossen,
 an der Steuerfreiheit der Rechtsanwält und Ärzte
 festzuhalten. § 2 bestimmt die Steuerfreiheit der
 landwirtschaftlichen Brennereien. Von freisinniger
 Seite wird beantragt diese Bestimmung zu streichen.
 Der Antrag wird vom Finanzminister und allen
 übrigen Parteien bekämpft und schließlich abgelehnt,
 worauf die Weiterberathung der Vorlage auf
 Montag 11 Uhr vertagt wird.

Berlin, 7. März.

— Das neue Einkommensteuergesetz ist im
 Ganzen mit 308 gegen 36 Stimmen definitiv an-
 genommen worden. Dagegen stimmten alle Frei-
 sinnige und einzelne Mitglieder der übrigen Parteien,
 dafür fast sämtliche Mitglieder des Centrums,
 Konservative, Nationalliberale und Polen. An-
 genommen wird ein Antrag des Abg. von Suene,
 betreffend die Abänderung des Wohlverhaltens
 auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes,
 sodann wird zur zweiten Verathung des neuen
 Erbschaftsteuergesetzes übergegangen. Die Kom-
 mission hat in der Regierungsvorlage mehrere Ab-
 änderungen getroffen, namentlich ist bestimmt worden,
 daß Erbschaften an Kinder und Enkel, sowie an
 Ehegatten steuerfrei bleiben sollen. Mit diesen
 Änderungen wird die Vorlage angenommen und
 die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz.

□ Teltow, den 8. März.

— Am 6. März cr. Abends hielt der hiesige
 Männerturnverein wiederum im Vereinslokale
 eine Versammlung ab, zu welcher 25 Turngenossen
 erschienen waren. Daß der Verein im künftigen
 Wachsen begriffen ist, beweist die Thatfache, daß in
 dieser Versammlung wieder sechs neue Mitglieder
 in denselben aufgenommen wurden. Am 4. März
 fand in Berlin ein Gau-Turntag statt, welcher vom
 Teltower Verein mit drei Mann besandt war.
 Auch der Teltower Bezirk hat sich vergrößert; es